

## Externe Kosten des Flugverkehrs

Gemäss dem Artikel «Die 13-Milliarden-Franken-Frage» (NZZ 5.10.21) wäre zu wünschen, dass jeder Verkehrsteilnehmer die ganzen Kosten trägt, die er verursacht. Die bisher ungedeckten, externen Kosten des terrestrischen Verkehrs belaufen sich gemäss NZZ auf 13 Milliarden Franken jährlich. Dazu folgende Ergänzungen: In der Schweiz zugelassene Neuwagen haben einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoss als in jedem Land der EU. Es erstaunt deshalb nicht, dass laut NZZ unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr noch immer ähnlich hoch sind wie 1990. Ein gewichtiger Player wurde zudem nicht erwähnt: der Luftverkehr. Seine ungedeckten Klimakosten belaufen sich laut NZZ vom 22. 5. 2019 auf 1,6 Milliarden Franken jährlich. Doch seither ist der Preis einer Tonne CO<sub>2</sub> stark angestiegen, laut Bundesamt für Raumplanung auf 136 Franken pro Tonne. 2019 waren die weltweit günstigsten CO<sub>2</sub>-Kompensationen noch für 23 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> zu haben. Hinzu kommen noch die Gesundheitskosten des Fluglärms und die Wertverminderung der überflogenen Immobilien. Und schliesslich bezahlt die Flugwirtschaft weder Treibstoff- noch Mehrwertsteuer.

Hans Göschke, Binningen

## «Wird das Recht überdehnt?»

Fast die Hälfte der Schweizer Bevölkerung will sich partout nicht impfen lassen. Der Grund ist wohl kaum die «Angst vor dem Stich», vielmehr gibt es zwei gute Gründe für eine Verweigerung: Erstens hat keiner der Impfstoffe die geforderten Langzeittests durchlaufen. Allfällige Langzeitschäden sind somit unbekannt und werden – was wir alle nicht hoffen – erst in Jahren auftreten. Zweitens lehnen die Hersteller eine Produkthaftung ab – nicht sehr vertrauensfördernd. Da nützen weder Anreize noch Druckmittel. Wie Ihre Zeitung richtig feststellt, sollte sich der Bundesrat allmählich mit der juristischen Aufarbeitung befassen (NZZ 5.10.21). Etwas provokativ zusammengefasst: Je tiefer die Impfbereitschaft, desto sachkundiger die Bevölkerung.

Hans Georg Braunschweiler, Rüslikon

## Risiken in Kosovo

Tatsächlich befinden wir uns in einer schwierigen Lage mit täglichen Überraschungen durch Spannungen, durch die Entscheidungen der zerstrittenen lokalen Regierungen. Das bedeutet, zeitgerecht politische Konsequenzen zu ziehen, um Überraschungen vorbeugen zu können. Ein Einsatz von Waffen würde wohl das Ende unserer Einsätze zur Folge haben. Was den Kosovo-Ein-

satz angeht, dessen Risiken die NZZ am 4. Oktober beschrieben hat, ist die Kosten-Nutzen-Frage gründlich zu prüfen. Ein Rückzug oder die Reduktion des Engagements nach mehr als zwanzig Jahren erfolgreichen Einsatzes sind nicht zuletzt auch aus der Sicht auf die Finanzlage mit den geplanten wichtigen und beschlossenen Beschaffungen zu werten. Als ehemaliger Chef der Abteilung für friedenserhaltende Operationen mit eigenen Langzeiteinsätzen zugunsten der Uno und der OSZE beurteile ich die Lage eher so, dass eine Anpassung des Engagements in Kosovo zugunsten eines grösseren Einsatzes in der Ukraine prüfenswert ist. Ein Teiltrückzug der Schweizer Peace-Keeper ist ebenso prüfenswert. Das Kommando Swissint verfügt über das notwendige Know-how und ausgezeichnete technische Mittel. Nicht zu vergessen sind die Einsätze in Bosnien-Herzegowina sowie in weiteren Uno-Missionen in vielen Konflikten als Spezialisten (Entminen, Beobachter, Mediziner) weltweit. Es bleibt die Hoffnung, dass das VBS die geplanten Beschaffungen mit den bewilligten Krediten bewältigen kann und dabei weiter über die Mittel für die wichtigen Einsätze in friedenserhaltenden Missionen verfügt.

Ulrich Kägi, Seon, Oberst a. D.

## Zwangsmillionen für die Kirche

Die Kirchen sind sich nicht zu vornehm, von juristischen Personen Steuern einzufordern, um gleichzeitig dieselben Unternehmen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit anzugreifen und politisch gegen sie Stellung zu beziehen («Widerstand gegen Zwangsmillionen für die Kirche», NZZ 4.10.21). Der im Kirchengesetz verankerte Grundsatz, dass diese Gelder nur für «nichtkulturelle Zwecke» verwendet werden dürfen, interpretieren die Kirchen also in der Manier, diese für politische Propaganda zu verwenden. Die Kirchensteuer für juristische Personen ist ein unselbige Konstrukt (eine eigentliche staatliche Parteifinanzierung), welches auch durch Bundesgerichtsurteile nicht besser wird. Ärmlich das Argument der Kirchen, dass auch Schulsteuern bezahlt, wer keine Kinder hat, um diese Steuer zu rechtfertigen. Warum können denn Privatpersonen ganz aus der Kirche austreten? Warum müssen diese nicht die «nichtkulturellen» Zwecke der Kirche (wenn es diese überhaupt gibt) mitfinanzieren? Wer definiert überhaupt die Aufgaben der Kirche im «nichtkulturellen» Bereich? Es zeigt sich hier besonders krass, dass das heutige System mehr als reformbedürftig ist. Völlig unterschlagen hat der Autor des Beitrags die Tatsache, dass sowohl juristische wie auch natürliche Personen gleich nochmals zur Kasse gebeten werden, indem der Kanton Zürich den fünf anerkannten Religionsgemeinschaften zusätzliche jährliche 50 Millionen Franken zahlt. Die Zeit ist reif, dass die Frage erneut aufs politische Tapet gebracht wird.

Ernst Winkler, Schwerzenbach

## Steueroasen

So manche Reiche und Mächtige zeigen den Behörden lange Nasen und bringen ihr Geld in eine Steueroase («Amerikanische Scheinheiligkeit bei Steueroasen», NZZ 7.10.21). Steuervermeidung und ihre Abwehr sind wohl schon ziemlich alt, der Geldfluss findet aber immer wieder einen Spalt. Oft ohne Rücksicht, auf brutale Weise kassiert, wird das geheime Geld versteckt, was nun durch enthüllende Papers aufgedeckt wird. Der verborgene Reichtum liegt in den Oasen halb-, ganz oder gar nicht legal, den «Geldparkern» geht es nicht um Moral. Das Problem: Sobald neue Gesetze erlassen werden, sind Umgehungs Ideen schon gesponnen.

Karl Brunner, Klagenfurt/Österreich

## Werbung für Kernenergie

Auffällig ist, wie konstant in der NZZ für den Wiedereinstieg in die Kernenergie geworben wird (NZZ 4.10.21). Es bleibt zu vermuten, dass zukünftig in den Sommermonaten eher Überfluss, im Winter Mangel an Strom herrscht. Dieser «Überfluss» von Strom aus erneuerbaren Quellen führt im Sommer zu Marktpreisen, auf deren Basis sich Atomkraftwerke nicht wirtschaftlich betreiben lassen. Als Laie kann ich mir nicht vorstellen, dass die Kernkraftwerke im Sommer jeweils für ein halbes Jahr heruntergefahren werden. Gaskraftwerke mögen massiv höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen, sind aber als Übergangstechnologie vermutlich, auf lange Sicht, die bessere Option. Die Kosten für das im Bau befindliche finnische Kernkraftwerk Olkiluoto Block 3 (Baustart 2005) wurden anfänglich auf zirka 3 Milliarden Euro veranschlagt, die Inbetriebnahme war für 2011 vorgesehen. Gegenwärtig geht man von Gesamtkosten von etwa 8,5 Milliarden aus, die Inbetriebnahme ist für 2022 vorgesehen. Da scheinen mir die Gaskraftwerke dann doch das kleinere Übel.

Heinz Baumann, Zürich

## An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach, 8021 Zürich  
E-Mail: [leserbriefe@nzz.ch](mailto:leserbriefe@nzz.ch)

## TRIBÜNE

# Rassismus: Wo beginnt das Werben für eine Ideologie?

### Gastkommentar

von DINA WYLER

Ist das Ausführen des Hitlergrusses strafbar? Diese Frage stellte sich kürzlich, als Anfang September ein Corona-Demonstrant vor Hunderten Menschen die Hand demonstrativ zum Hitlergruss hob. Auch wenn die Empörung über diese Geste gross war, die rechtliche Lage ist komplex. Denn anders als in Deutschland gilt in der Schweiz kein generelles Verbot rechtsextremer Symbole oder Gesten. Wörtlich besagt die Rassismustrafnorm, dass sich strafbar macht, wer «öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung in einer gegen die Menschenwürde verstossenen Weise herabsetzt».

Das Tragen eines Hakenkreuzes oder der ausgeführte Hitlergruss sind aber nur dann strafbar, wenn damit eine menschenverachtende Ideologie wie der Nationalsozialismus aktiv beworben wird. Richterinnen und Richter haben hier also einen relativ weiten Interpretationsspielraum, wie eigene Beispiele aus der Vergangenheit zeigen. 2020 sprach die Strafvollzugsbehörde einen Mann der Rassendiskriminierung schuldig, welcher Fotos eines Hakenkreuzes ausserhalb seiner Wohnungstüre angebracht hatte. Laut dem Richter verbreitete der Mann damit rassendiskriminierende Ideologien, da die Hakenkreuze für alle Anwohner des Hauses klar sichtbar waren. In einem ähnlichen Fall wurden die Beschuldigten hingegen freigesprochen, nachdem sie auf einem öffentlichen Grillplatz eine Hakenkreuzfahne gehisst hatten. Hier befand die Staatsanwaltschaft, dass dieser Akt zwar ein klares Bekenntnis zum Nationalsozialismus sei, jedoch nicht der Verbreitung dieser Ideologie gegolten habe.

Diese Beispiele zeigen: Ob es sich bei einem Vorfall «lediglich» um ein persönliches Bekenntnis handelt oder um die Verbreitung einer Ideologie, entscheidet das zuständige Gericht nach eigenem Ermessen. An den unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten stossen sich zunehmend auch Politiker. Unlängst verlangten gleich zwei parlamentarische Vorstösse, es sei zu klären, ob bestimmte menschenverachtende Symbole generell verboten werden sollten. Während sich der Vorstoss der SP-Nationalrätin Gabriela Suter vor allem auf Symbole des Nationalsozialismus bezieht, liegt der Fokus beim wenige Tage zuvor eingereichten Vorstoss der SVP-Nationalrätin Monika Rüeegg auf islamistischen Symbolen.

Ob ein generelles Verbot jeglichen extremistischen Symbols sinnvoll ist, sei dahingestellt, da der Kontext, in welchem ein solches Symbol gezeigt wird, immer zu berücksichtigen ist. Wenn jedoch das Hakenkreuz zur Schau gestellt wird, um die eigene rechts-extreme Gesinnung zu präsentieren, sollte dies in jedem Fall strafbar sein. Denn sobald sich die Trägerin oder der Träger durch entsprechende Symbole öffentlich zu dieser Ideologie bekennt, wirbt er oder sie damit unweigerlich auch für diese Gesinnung. Gerade bei Symbolen wie dem Hakenkreuz, die sinnbildlich für eine Ideologie stehen, die nicht mit den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaates zu vereinbaren sind, ist eine klare Rechtsgrundlage unabdingbar.

Versuche zur Einführung eines generellen Verbotes menschenverachtender Symbole sind im Parlament bisher gescheitert. Die beiden eingereichten Vorstösse dürften daher einen schweren Stand haben. Es wäre aber wünschenswert, dass die Politik die gegenwärtig unbefriedigende Unterscheidung zwischen aktivem Werben und passivem Zurschaustellen der eigenen extremistischen Haltung durch entsprechende Symbole unter die Lupe nimmt. Diese Klärung wäre nicht nur ein Zeichen für den Schutz von Minderheiten, die sich durch entsprechende Symbole direkt bedroht sehen, sondern auch ein wichtiges Bekenntnis zum Demokratieverständnis der Schweiz.

**Dina Wyler** ist Geschäftsführerin der Zürcher Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus.

### KORRESPONDENTEN

**Paris:** Nina Belz (nbe.), **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nuspliger (nn.), **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltzsch (Ht.), Jonas Herrmann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Christoph Prantner (cpr.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **München:** Stephanie Lahrts (slz.), **Rom:** Andres Wyslimg (awy.), **Madrid:** Ute Müller (utm.), **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.), **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.), **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinworth (DSt.), **Moskau:** Markus Ackeret (mac.), **Dakar:** Samuel Misteli (smi.), **Istanbul:** Volker Pabst (pab.), **Beirut:** Christian Weisflog (ws.), **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.), **Tel Aviv:** Ulrich Schmid (U. Sd.), **Delhi:** Andreas Babst (abb.), **Singapur:** Manfred Rist (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.), Matthias Kamp (mka.), **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.), **Tokio:** Martin Kölling (koe.), **Sydney:** Esther Blank (esb.), **Washington:** Peter Winkler (win.), **Chicago:** David Signer (dai.), **New York:** Christof Leisinger (crl.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

### WEITERE REDAKTIONEN

**NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Jonas Projer (jp.). **NZZ Folio:** Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Cläutli (cl.), Barbara Kitingenbacher (bak.). **NZZ Geschichte:** Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

### DAS UNTERNEHMEN NZZ

#### Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

#### ADRESSEN

**Redaktion:** Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, [redaktion@nzz.ch](mailto:redaktion@nzz.ch), [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)

**Zuschriften:** Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, [leserbriefe@nzz.ch](mailto:leserbriefe@nzz.ch).

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 242. Jahrgang

### REDAKTION

**Chefredaktor:** Eric Gujer (eg.).

**Stellvertreter:** Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

**Tagesleitung:** Christoph Fisch (cf.), Benno Mattli (bem.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

**International:** Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Julia Monn (jum.), Katrin Büchenbacher (k.b.).

**Meinung & Debatte:** Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwarz (ces.).

**Schweiz:** Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Covello (cov.), Simon Hehl (hsh.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafater (gaf.), David Vomplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.). **Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.). **Westschweiz:** Antonio Fumagalli (fum.).

**Zürich:** Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigler (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sct.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lkp.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.).

**Wirtschaft:** Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alk.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Hansuelli Schöchli (hus.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Jann Lienhart (jal.), Lorenz Honegger (lho.). **Börse:** Michael Ferber (feb.), Werner Grundelnehmer (gru.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Herger (phr.).

**Wissenschaft, Technologie und Mobilität:** Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.).

**Feuilleton:** Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

**Sport:** Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (kpr.).

**Wochenende/Gesellschaft/Reisen:** Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schillinger (msl.), Susanna Müller (sm.).

**Reporter:** Marcel Gyr (g-yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

**Nachrichten:** Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Brügger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.).

**Social Media:** Reto Stauffacher (rst.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.).

**Community:** Anja Grünfelder (ang.).

**Podcast:** David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.).

**Audience Management:** Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (jho.).

**Visuals & Editorial Tech:** Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xao.), Alexandra Köhler (ako.), Christian Kleb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (phk.), Nikolai Theiltz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsi.), Adina Renner (adi.).

**Video/TV:** Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jörg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jii Antener (jii.).

**Produktionsredaktion:** Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (r.sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Özalp (iö.), Claudia Baer (cb.).

**Art Director:** Reto Althaus (ral.). **Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgy.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratzwohl (gr.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aebly (nae.), Rahn Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Hunn (hu.), **Photografieren:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.). **Korrektorat:** Natascha Fischer.

**Verlag:** Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, [verlag@nzz.ch](http://verlag@nzz.ch).

**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, [leserservice@nzz.ch](mailto:leserservice@nzz.ch), [www.nzz.ch/leserservice](http://www.nzz.ch/leserservice).

**Inserate:** NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, [inserate@nzz.ch](mailto:inserate@nzz.ch), [www.nzzzone.ch](http://www.nzzzone.ch). **Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

### PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

**NZZ Print & Digital:** 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).

**NZZ Digital Plus:** 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

**NZZ Wochenende Print:** 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

**NZZ International Print & Digital:** 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

**NZZ Kombi Print & Digital:** 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

**NZZ für Studierende:** 5 Fr. (1 Monat).

**Alle Preise gültig ab 1. 1. 2021.**

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2021.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler